

***Rede anlässlich der Veranstaltung „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“***

***anlässlich des 100. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg***

***in Hannover im Alten Magazin am 15.01.2019***

***Veranstalter: Forum für Politik und Kultur e.V., Hannover***

Dr. Arno Brandt

15.01.2019.

**Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden**

Der große französische Sozialist Jean Jauré hat einmal gesagt: „Tradition heißt nicht Asche zu verwahren, sondern eine Flamme am Lodern halten“ (Jean Jaures). Wenn ich heute über Rosa Luxemburg anlässlich des 100. Jahrestages ihrer Ermordung spreche, dann will auch ich tunlichst vermeiden, dabei Asche zu verwahren. Ich will daher in meiner kurzen Einführung nicht das gesamte politische Wirken von Rosa Luxemburg würdigen oder über die Umstände ihrer Ermordung streiten. Schon gar nicht geht es mir um Heiligenverehrung. Ich will lediglich den Freiheitsbegriff von Rosa Luxemburg in Erinnerung rufen und der Frage nachgehen, was ihr Freiheitsverständnis mit den freiheitlichen Ideen der Arbeiterbewegung und der politischen Arbeit der demokratischen Linken in heutiger Zeit zu tun hat.

Aber weil heute der 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa ist, müssen wir mit ihrer Ermordung beginnen:

Nach ihrer Verhaftung am 15. Januar 1919 in der Mannheimer Straße 43 in Berlin, ihrer Überführung in das Hotel Eden - das damalige Hauptquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division – und einem kurzen Verhör wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht offiziell in das Untersuchungsgefängnis Mohabit überwiesen, wo sie nie ankommen sollten. Bereits beim Verlassen des Hotel Eden wurden sie von Husar Otto Runge durch wuchtige Kolbenhiebe schwer verletzt.

Ernst Piper schreibt in seiner aktuellen Rosa-Luxemburg-Biographie dazu:

„Rosa Luxemburg, die als Zweite aus dem Hotel kam, wurde von Runge so schwer getroffen, dass sie das Bewusstsein verlor. Ihre Mörder packten sie und warfen sie in das Auto. Unmittelbar nachdem der Wagen angefahren war, sprang der Leutnant zur See Souchon auf das Trittbrett und erschoss Luxemburg aus nächster Nähe“. Der Wagen fuhr dann noch einen Kilometer bis zur Lichtensteinbrücke, dort wurde die Leiche in den Landwehrkanal geworfen. Ihre Leiche wurde erst Monate später aufgefunden und sie wurde am 13. Juni 1919 neben dem Grab von Karl Liebknecht beigesetzt.

Es ist im weiteren Verlauf der Geschichte viel darüber spekuliert worden, ob die Spitze der Sozialdemokratie bei diesem politischen Mord unmittelbar die Finger im Spiel hatte. Insbesondere ist Gustav Noske, der hier in Hannover begraben liegt, vorgeworfen worden, zumindest passiv die Exekution hingenommen zu haben. So schreibt auch der gewiss über jeden Verdacht der Sympathien für Rosa Luxemburg erhabene Historiker Heinrich August Winkler:

„Der sozialdemokratische Abgeordnete Gustav Noske, der nach dem Ausscheiden der USPD in den Rat der Volksbeauftragten eingetreten und dort für den Militärbereich zuständig war, hatte den rechten Gruppen weitgehend freie Hand gelassen: eine Chance, von der die Freikorpskämpfer mit äußerster Brutalität Gebrauch machten.“

Ob Noske oder gar Ebert in diesem Zusammenhang einen aktiveren Part gespielt haben, ist bis heute nicht geklärt und darauf kommt es 100 Jahre nach der Ermordung auch gar nicht an. Entscheidend ist, dass sich die Spitze der Mehrheits-SPD bei der Niederschlagung der Revolten im Januar 1919 auf rechtsextreme Militärs der alten kaiserlichen Armee stützte. Sie gab damit weitgehend das staatliche Gewaltmonopol an solche Kräfte ab, die sich später am Kapp-Putsch und am Nazi-Terror sowie der faschistischen Machtübernahme aktiv beteiligten. Vermutlich noch schlimmer war, dass die Mehrheitssozialdemokratie auch im weiteren Verlauf der Entwicklung der Weimarer Republik nie in der Lage war, sich von den alten Militärs und dem antidemokratischen Beamtenapparat loszusagen und die junge Republik demokratisch umzugestalten.

Die Ermordung Rosa Luxemburgs war für die deutsche Arbeiterbewegung ein tiefgreifender Einschnitt, der in den Folgejahren verhängnisvolle Konsequenzen haben sollte. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Unversöhnlichkeit der Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung immer größer wurde. Die Spaltung der Arbeiterbewegung, die in jenen Tagen für lange Zeit besiegelt wurde, hat schlussendlich auch dazu geführt, dass dem Durchmarsch des Faschismus in Deutschland kein effektiver Widerstand entgegengesetzt werden konnte.

Für Arthur Rosenberg, marxistischer Historiker und Zeitgenosse Rosa Luxemburgs, nahm die Opposition eines großen Teils der deutschen Arbeiterschaft gegen die mehrheitssozialdemokratische Partei eigentlich erst vom 15. Januar 1919 ihren Ausgang. Nach ihm hat das Ereignis maßgeblich dazu beigetragen, dass Millionen deutscher Arbeiter der SPD den Rücken kehrten.

Ich will aber auch darauf hinweisen, dass es wahrscheinlich auch Rosa Luxemburg nicht gelungen wäre, die spätere Unterordnung der am 30.12.1918 gegründeten KPD unter die Kommunistische Internationale zu verhindern. Die Stalinisierung der KPD hat unzweifelhaft auch dazu beigetragen, dass eine Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien im Kampf gegen den aufkeimenden Faschismus verhindert wurde. Mein Zweifel begründet sich schon darauf, dass bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD weder Rosa Luxemburg noch Karl Liebknecht auch nur ansatzweise eine Mehrheit hatten. Arthur Rosenberg kommentiert in seiner „Geschichte der Weimarer Republik“ den Verlauf dieses Parteitages mit den Worten:

„In Wirklichkeit wurde der Parteitag von dem Geist eines fanatischen Utopismus beherrscht. Auf dem Gebiet der Theorie ließen die Delegierten Rosa Luxemburg reden, was sie wollte. Aber in der politischen Praxis gingen sie ihren selbständigen Weg.“ Und dieser Weg führte auf die Barrikaden der Januar-Revolten.

Diese Beschreibung der innerparteilichen Verhältnisse wirft ein Licht auf die spätere Stalinisierung der KPD, deren Verhinderung durch Rosa Luxemburg man nur dann für möglich halten kann, wenn

man sehr von der Macht und den Einfluss einzelner Persönlichkeiten auf den geschichtlichen Verlauf überzeugt ist. Auch Paul Levi, der ein unabhängiger Kopf der Arbeiterbewegung war und nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Führung der KPD übernahm, konnte die Stalinisierung der KP nicht aufhalten. Sein Versuch, die deutsche KP von der sowjetischen KP unabhängig zu halten, scheiterte. Seine innerparteiliche Niederlage wurde mit einem Parteiausschluss besiegelt. Paul Levi trat übrigens später wieder in die SPD ein.

Kommen wir zum Vermächtnis von Rosa Luxemburg. Sie war in jener Zeit eine der beste Köpfe der deutschen Arbeiterbewegung und sie hat mit ihren Schriften bis heute einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Denken der demokratischen Linken. Rosa war nicht zuletzt eine inspirierende Theoretikerin der politischen Ökonomie. Ihre Theorie der internen und externen Landnahme, die sie in ihrer Schrift „Die Akkumulation des Kapitals“ entwickelte, findet auch bis heute Resonanz und bildet einen wichtigen Anknüpfungspunkt zur Analyse der kapitalistischen Entwicklung im 21. Jahrhundert. Für das Selbstverständnis der demokratischen Linken sind natürlich auch ihre Schriften zur Dialektik von Spontaneität und Organisation von großer Bedeutung, die auch in den Arbeiten von Oskar Negt eine wichtige Rolle spielen.

Die breiteste Resonanz hat Rosa Luxemburg aber bis in unsere Tage mit ihrem Satz „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ gefunden. In ihrer Schrift zur Russischen Revolution, in der sie sich mit der repressiven Politik der Bolschewiki auseinandersetzt, heißt es genauer:

«Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der <Gerechtigkeit>, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die <Freiheit> zum Privilegium wird.»

Und weiter:

„Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution.“ Freie Wahlen, Mehrparteiensystem, uneingeschränkte geistige Freiheit und rechtsstaatliche Sicherung auf der Grundlage „geschriebener Gesetze“ bilden für Rosa Luxemburg die Basis einer sozialistischen Demokratie. So hat Peter von Oertzen das rechtsstaatliche Verständnis von Freiheit bei Rosa Luxemburg zusammengefasst.

Jörn Schütrumpf, Geschäftsführer des Dietz-Verlages, der die Werke von Rosa Luxemburg herausgibt, geht in einem sehr lesenswerten Aufsatz über den Freiheitsbegriff von Rosa noch einen Schritt weiter:

„Ihr ging es um die Freiheit für alle Seiten, und nicht nur um die Freiheit „für die revolutionäre Klasse“. Gesellschaft verstand Rosa Luxemburg als organischen Organismus. Gesellschaft könne sich dauerhaft nur dann ändern, wenn alle Kämpfe offen ausgetragen würden: dazu müsse jeder Spieler seine Freiheit haben. Alles andere erschien ihr absurd.

Den meisten linken Politikern hatte sie die Einsicht voraus, dass die Freiheit der Andersdenkenden eine emanzipatorische Politik überhaupt erst ermöglicht.“

Ich denke, dass dieses Freiheitsverständnis sehr viel mit der Idee der Freiheit bei Karl Marx zu tun hat.

Ich habe in meiner JUSO-Zeit einmal Peter von Oertzen gefragt, welcher der sozialdemokratischen Grundwerte aus seiner Sicht die höchste Priorität genieße. Ich hatte in meinem jugendlichen Leichtsinne erwartet, dass er den Grundwert der „Gerechtigkeit“ oder vielleicht noch den der „Solidarität“ priorisieren würde. Aber er meinte, dass der Grundwert der „Freiheit“ für ihn als Marxisten an erster Stelle stehe. In diesem Zusammenhang verwies er auf einen zentralen Satz im Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels.

In diesem Satz bringen die beiden Klassiker ihr Verständnis einer zukünftigen Gesellschaft auf den Punkt:

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Für mich ist an dieser Textstelle besonders wichtig, dass im Freiheitsverständnis von Marx und Engels das Individuum offenkundig im Mittelpunkt steht. Die freie Entwicklung eines jeden ermöglicht die freie Entwicklung aller! (nicht umgekehrt).

Individuelle Freiheit und soziale Freiheit stehen demnach in einem engen Wechselverhältnis oder wie es die in Hannover-Linden geborene Hannah Arendt sagen würde: negative und positive Freiheit bedingen einander. Unter negativer Freiheit ist die Durchsetzung von Bürgerrechten zu verstehen, während es bei der positiven Freiheit um die Möglichkeit geht, sich als politisches Subjekt in die Gestaltung von gesellschaftlichen Prozessen einzubringen. Wie wir noch einmal in ihrer jüngst erst veröffentlichten Schrift „Die Freiheit, frei zu sein“ nachlesen können, ist für Hannah Arendt die eigentliche Freiheit erst dann gegeben, wenn das „politische Recht, sich an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen“ eingelöst ist.

Es kommt auch nicht von ungefähr, dass im 200. Geburtsjahr von Karl Marx, den wir im vergangenen Jahr gefeiert haben, einige philosophisch inspirierte Schriften veröffentlicht wurden, in denen am Freiheitsbegriff von Karl Marx angeknüpft wird. Ein Beispiel dafür ist das Buch des Schweizer Philosophen Urs Marti-Brandner „Die Freiheit des Karl Marx“.

In diesem Buch zeigt der Autor, dass Karl Marx anders als oft angenommen ein Philosoph war, der die Freiheit und die Entfaltungsfähigkeit des Individuums sehr hoch schätzte, und ihm jede politische und religiöse Bevormundung fremd war. Marx vertrat dabei in einem gewissen Sinn durchaus liberale Grundsätze, wie sie auch in einer ersten Version des Kommunistischen Manifestes zu finden sind:

„Wir gehören nicht zu jenen Kommunisten, die die persönliche Freiheit zerstören und die Welt in eine Kaserne oder ein gigantisches Armenhaus verwandeln wollen. Wir sind überzeugt, dass in keiner sozialen Ordnung persönliche Freiheit so gut gesichert werden kann wie in einer Gesellschaft, die auf gemeinschaftliches Eigentum aufbaut.“

Marx kritisierte aber einen Liberalismus, der verdrängt, dass die Gesetze der Akkumulation und der Konkurrenz die individuelle Freiheit in vielfältiger Weise bedrohen.

Viele Menschen auf der Linken haben sich in den zurückliegenden Jahren leidenschaftlich engagiert und sind gegen Unterdrückung, Diktatur und undemokratische Machenschaften aufgetreten. Das war schon vor 170 Jahren so, als die frühen Sozialisten in der Revolution von 1848 den Kampf für Freiheitsrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit und demokratische Wahlen führten – ein Kampf, der damals noch von Kaiser- und Königtum niedergeschlagen wurde.

Aber schon rd. 70 Jahre später wurden in der Novemberevolution von 1918 diese Freiheitsrechte gemeinsam mit dem Frauenwahlrecht zum ersten Mal auf deutschem Boden durchgesetzt und die Monarchie abgeschafft. Nach der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 wurden mit dem Grundgesetz eine freiheitliche Verfassung verankert und die Prinzipien einer wehrhaften Demokratie festgeschrieben.

Wir haben daher überhaupt keine Veranlassung, angesichts eines aufkeimenden Rechtspopulismus mit seiner Botschaft einer „illiberalen Demokratie“ wie ein Kaninchen auf die Schlange zu starren. So schnell werden die in unserer Verfassung und in unserer politischen Kultur eingeschriebenen Dämme zur Sicherung unserer Freiheitsrechte sicherlich nicht brechen.

Wir haben aber allen Grund, den Wert der Freiheit nicht den Konservativen zu überlassen. „Beim Marsch durch die Ebene kriegt auch die Freiheit schwielige Füße“, sagt der österreichische Publizist Robert Misik. Wir müssen daher immer wieder aufpassen, dass wir nicht unaufmerksam werden und Einschränkungen unserer Freiheitsrechte – auch nicht im Namen der Terrorismusbekämpfung – hinnehmen.

Von konservativer Seite wird stets aufs Neue der Versuch unternommen, den Grundwert der Freiheit gegen den der Gerechtigkeit auszuspielen. Dies gilt insbesondere dann, wenn wirtschaftliche Interessen im Spiel sind. Ein bemerkenswertes Beispiel dieser Denkweise offerierte jüngst zu Weihnachten die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die ihrer Ressortleiterin für Wirtschaftspolitik den Platz einer ganzen Zeitungsseite bot, um ihre Idee einer „Sozialstaatsbremse“ im Namen der „Freiheit“ auszubreiten.

„Die staatlich vorgeschriebene soziale Sicherung geht zu Lasten privater Freiheit, der wichtigsten Triebfeder einer Marktwirtschaft. Die Kehrseite der staatlich organisierten Absicherung ist der damit verbundene Abgabenzwang. Er birgt das Risiko, Freiheiten übermäßig einzuschränken und auf diese Weise die Leistungsbereitschaft und die Dynamik des Wettbewerbs zu beeinträchtigen.“

Daher sei es an der Zeit, zum Schutz der Marktwirtschaft eine grundgesetzlich verankerte Grenze für den weiteren Ausbau des Sozialsystems zu ziehen.

Diese verdrehte Argumentation, die theoretisch die Dinge auf den Kopf stellt fällt immer wieder auf fruchtbaren Boden. Sie ist damit Teil der konservativen Hegemonie, die

in unserer Gesellschaft emanzipatorische Politik immer wieder so schwer macht. Eine unserer vornehmsten Aufgaben besteht darin, diese verdrehte Argumentation vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dabei müssen wir zeigen, wie das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit in ein ganz anderes Licht zu rücken ist.

Robert Misik merkt dazu an:

„Dass eine egalitäre Gesellschaft nur auf Kosten der „Freiheit“ zu haben ist, ist vielleicht die allergrößte Lüge der neuen Konservativen. Gleichheit heißt, dass alle die Freiheit haben, aus ihrem Leben etwas zu machen. Und Ungleichheit hat freiheitseinschränkende Wirkungen für die Unbegüterten, weil eklatanter materieller Mangel mit eklatantem Mangel an Optionen einhergeht. Freiheit hat die Voraussetzung, von Furcht und von Not frei zu sein.“

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren den Wind der Geschichte nicht immer in ihrem Rücken gespürt. Und es kann sein, dass wir in Deutschland noch eine weitere Periode politischer Regression erleben. Das Erstarken des konservativen Flügels der CDU im Geiste Friedrich Merz, der Vormarsch der rechtspopulistischen Truppen und die Zerstrittenheit der demokratischen Linken machen diese Option nicht ganz unwahrscheinlich. Die Sozialdemokratie muss diesen Herausforderungen zweifelslos mit neuen politischen Strategien, neuen programmatischen Antworten und innovativen Projekten sowie einem neuen personellen Angebot begegnen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist es, den Konservativen und Neoliberalen den Begriff der Freiheit zu entreißen.

Dabei hilft es, hin und wieder auch auf die Traditionsbestände der Sozialdemokratie zurückzugreifen. Willy Brandt, der in seiner Abschiedsrede in der Bonner Beethovenhalle im Jahr 1987 ein leidenschaftliches Plädoyer für die „Freiheit der Vielen“ hielt, hat der Sozialdemokratie ins Stammbuch geschrieben, dass der Kampf um die Freiheit auch in Zukunft unseren Kurs bestimmen sollte:

„Und wenn die Zeit reif ist, werden wir die Pflöcke der demokratischen und sozialen Reform wiederum ein gutes Stück weiter vorn einschlagen. Der Kompass muss auf das eingestellt bleiben, was ich die unsere Bewegung tragende Idee nenne, nämlich, einer sich steigernden Zahl von Menschen Freiheit erfahrbar zu machen und dafür zu sorgen, dass die großen gesellschaftlichen Lebensbereiche von den Grundwerten der Demokratie und Gerechtigkeit durchdrungen werden. Und dass es vor allem Solidarität ist, die den Schwachen zu mehr Freiheit verhilft.“